

Beschlüsse des Kantonsrats

4. Sitzung vom 20. Februar 2017

Der Kantonsrat gibt Kenntnis von folgenden Beschlüssen, die an der 4. Sitzung vom 20. Februar 2017 gefasst worden sind:

1. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 24. Januar 2017 zum Postulat betreffend Unterstützung der Power-to-Gas Technologie wird zur Beratung an eine 9er-Kommission (2017/3) überwiesen. Erstgewählte oder Erstgewählter ist ein Mitglied der FDP-CVP-JF-Fraktion.
2. Der Bericht und Antrag des Regierungsrates vom 31. Januar 2017 betreffend Bereinigung der Sammlung der Motionen und Postulate wird zur Vorberatung an die Geschäftsprüfungskommission überwiesen.
3. Die Spezialkommission 2016/7 «Totalrevision Finanzhaushaltsgesetz» meldet das Geschäft für die zweite Lesung verhandlungsbereit.
4. Die Spezialkommission 2016/11 «RSE-Gesetz» meldet das Geschäft verhandlungsbereit.
5. Die an der Sitzung vom 16. Januar 2017 eingesetzte Spezialkommission 2017/1 betreffend «Sozialhilfegesetz» setzt sich wie folgt zusammen: Peter Scheck (Erstgewählter), Franziska Brenn, Linda De Ventura, Daniel Preisig, René Schmidt, Erich Schudel, Susi Stamm, Nihat Tektas und Kurt Zubler.
6. Die an der Sitzung vom 16. Januar 2017 eingesetzte Spezialkommission 2017/2 betreffend «Polizei- und Sicherheitszentrum» setzt sich wie folgt zusammen: Werner Bächtold (Erstgewählter), Pentti Aellig, Urs Capaul, Diego Faccani, Mariano Fioretti, Andreas Frei, Beat Hedinger, Andreas Neuenschwander, Peter Neukomm, Rainer Schmidig und Peter Werner.
7. Dem Wunsch der GLP-EVP-Fraktion, in der Spezialkommission 2016/5 «Tourismusförderungsgesetz» Maria Härvelid durch Rainer Schmidig zu ersetzen, wird stillschweigend entsprochen.
8. Vom Ersatz von Daniel Preisig durch Walter Hotz in der Spezialkommission 2017/1 «Sozialhilfegesetz» wird Kenntnis genommen.
9. Dem Wunsch der SVP-EDU-Fraktion, in der Spezialkommission 2015/2 «VI Keine Steuergeschenke an Grossaktionäre» Walter Hotz durch Daniel Preisig zu ersetzen, wird stillschweigend entsprochen.

10. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 13. Januar 2015 betreffend die Volksinitiative «Keine Steuergeschenke an Grossaktionäre» wird beraten. Mit 36 zu 19 Stimmen beschliesst der Kantonsrat, die Initiative den Stimmberechtigten im ablehnenden Sinn zu unterbreiten.

Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 16. August 2014 betreffend Gegenvorschlag zur Volksinitiative «Keine Steuergeschenke an Grossaktionäre» wird ebenfalls beraten. Mit 34 zu 22 Stimmen wird dem Gegenvorschlag nicht zugestimmt.

11. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 16. August 2016 über die Teilrevision des Steuergesetzes (juristische Personen mit ideellen Zwecken) wird in erster Lesung beraten.
12. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 19. April 2016 betreffend Totalrevision des Finanzhaushaltsgesetzes wird in zweiter Lesung zu Ende beraten. In der Schlussabstimmung wird dem Finanzhaushaltsgesetz mit 56 zu 0 Stimmen zugestimmt. Bei 56 anwesenden Ratsmitgliedern wird die Vierfünftelmehrheit von 45 Stimmen erreicht. Das Gesetz untersteht damit der fakultativen Volksabstimmung.
13. Der Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 24. Mai 2016 betreffend «Bildungszentrum Geissberg / Umnutzung Pflegezentrum» wird mit 31 zu 24 Stimmen an die Regierung zurückgewiesen.
14. Mit der zweiten Lesung des Berichts und Antrags des Regierungsrats vom 17. November 2015 betreffend die Änderung des Justizgesetzes (Zusammenlegung der Friedensrichterämter) wird begonnen.